

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:

Ein Jahrgang 1,95 Mk. ohne Beleglohn.

Erhältlich dreimal:

Diensdags, Donnerstags, Samstags.

Anzeigerpreis:

Die einspaltige Zeile 3 Pf.

Die Zeile 10 Pf.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, E. Bach, Schweighausen, Oberhof, Althausen, Homburg, Eisenhütte.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1820.

Preisnachschuß Nr. 21.

Verlag: Buchdruckerei Nassau.

Druck und Verlag:

Buchdr. H. W. W. Nassau, (C. P.).

Dienstag, 29. Juli 1919.

Verantwortung:

H. W. W. Nassau, (C. P.).

42. Jahrg.

Nr. 87.

République Française.
Administration des Territoires
Allemands Occupés.
CERCLE d'UNTERLAHN.
(Hesse-Nassau).

Bekanntmachung.

Die in den Blättern des Kreises für Sonntag, den 27. Juli, in Kordorf angelagte landwirtschaftliche Versammlung mit Vortrag des Dr. Hornig wird, da sie nicht von der Militärverwaltung genehmigt wurde, unterjagt.

Dies, den 25. Juli 1919.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
Chatras, Major.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 25. Juli. Am Regierungssitz Dr. David, Müller, Roske, Erzberger, Kaumann.

Die Sitzung beginnt mit der Beratung kleinerer Anfragen.

Nächster Gegenstand der Beratung ist die Bepreisung der

Erklärungen der Reichsregierung.
Schluß 1,30 Uhr.

Nachmittagsitzung.

Am Ministertisch Dr. David, Erzberger, Roske, Müller, Kaumann.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3,40 Uhr.

Reichsfinanzminister Erzberger über den Friedensvertrag.

Ich habe immer das Beste für das Vaterland gewollt und auch dafür gearbeitet. Ich wünsche meine Gegner hätten ein so gutes Gemüth wie ich. Es war das Unglück des deutschen Volkes, daß es sein Militär herhalten und die politische Vernunft nicht zum Worte kommen ließ. Mehr als einmal waren die

Friedensmöglichkeiten

vorhanden. Heute haben wir nicht mehr zu schweigen. (Zuruf des Abg. Rösicke: das ist eine solche unverschämte Behauptung. Großer Lärm. Präsident Fehrenbach rügt diese Aeußerung und bemerkt, daß er den Zuruf des Abg. Rösicke nicht verstanden habe, um ihn gleichfalls zurückweisen zu können.)

Herr Rösicke behauptet, ich hätte Friedensmöglichkeiten in Deutschland zerstört. Das ist der schwerste Vorwurf. Mindestens zweimal konnte ein ehrenvoller Friede zustandekommen. (Hört, hört!) Die Rechte mit dem Militär zusammen hat beide Male die Möglichkeiten verhindert. (Große Bewegung.) Das belgische Problem war das größte Hindernis. Man bestritt, daß unter Führung des Staatssekretärs Helfferich die Schwerindustrie Aspirationen auf Belgien organisierte. Man bezeichnet es als eine gemeine Lüge.

Ueber den Schluß der Rede Erzberger wird zusammenfassend von ihm befreundeter Presse mitgeteilt:

Am 30. August 1917 ist ein Schreiben des Apostolischen Nuntius in München an die deutsche Regierung gegangen des Inhalts, daß der König von England und die französische Regierung den Papst ersucht haben, Deutschland darauf aufmerksam zu machen, daß eine Erklärung über Belgien für Herbeiführung des Friedens von Wichtigkeit sein würde. Die deutsche Regierung ist in diesem Schreiben geblieben, eine Erklärung über ihre Absichten hinsichtlich Belgiens und hinsichtlich des Schadenersatzes, der Belgien geleistet werden sollte abzugeben, ferner ist die deutsche Regierung gefragt worden, welcher Art die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Garantien seien, die sie von Belgien verlange. Zum Schluß des Schreibens des Apostolischen Nuntius heißt es, daß durch die Abgabe einer befriedigenden Erklärung der gute Fortgang der Friedensverhandlungen erleichtert werden würde.

Erzberger stellte fest, daß dieses Schreiben des Apostolischen Nuntius vier Wochen lang unbeantwortet geblieben ist.

Erst unter dem 24. September gab die damalige deutsche Regierung, an deren Spitze Reichskanzler Michaelis stand, eine Antwort mit folgenden Inhalts:

Wir sind noch nicht in der Lage, dem Wunsch Eurer Eminenz zu entsprechen und bestimmte Erklärungen der deutschen Regierung über Belgien abzugeben. Der Grund hierfür liegt aber nicht darin, daß wir grundsätzlich abgeneigt wären, eine solche Erklärung abzu-

geben, sondern darin, daß uns die Voraussetzungen für eine solche Erklärung noch nicht genügend geklärt erscheinen.

Erzberger stellt die Veröffentlichung des genauen Wortlauts dieses Notenwechsels, dessen Mitteilungen in der Nationalversammlung das größte Aufsehen erregten, für die nächsten Tage in Aussicht.

Weiter sei aus den Mitteilungen Erzbergers hervorgehoben, daß der Apostolische Nuntius ihn, als er ihn am 30. September 1917 in München aufsuchte, mit den Worten empfing: „Alles verloren! Auch ihr armes Vaterland!“ Erzberger hatte damals noch keine Kenntnis von dem Notenwechsel.

Außer dem Notenwechsel aus dem August und September 1917 stellte Erzberger auch die Veröffentlichung von Aktenstücken aus der Vorgeschichte des Waffenstillstandes in Aussicht.

Erzberger wandte sich gegen Schluß seiner Rede auch gegen die Behauptung, daß er im Mai und Juni d. Js. durch seine Haltung in der Friedensfrage den Frieden sabotiert habe. Er bestritt auf das allerentschiedenste, jemals einen ausländischen Pressevertreter empfangen und ihm Mitteilungen über seine Haltung in der Friedensfrage gemacht zu haben.

Gegenüber der Behauptung des Abgeordneten von Graefe, daß die Konservativen in einem Fraktionsbeschlusse sich bereit erklärt hätten, die Regierung für den Fall der Ablehnung des Friedens zu übernehmen, sagte Erzberger, daß, wenn ein solcher Beschluß gefaßt worden sei, er jedenfalls nicht zur Kenntnis der Regierung und der parlamentarischen Mehrheit gekommen sei.

Graf Poladowsky habe am Mittwoch des 23. Juni, also wenige Stunden vor Ablauf des Waffenstillstandes, der Regierung nur das eine erklärt, die Deutschnationale Fraktion würde es in Erwägung ziehen, ob sie bereit sei, sich an einer Regierungsbildung zu beteiligen.

Die Düsseldorf-Konferenz über Rheinland-Westfalen.

Düsseldorf, 24. Juli. Es ergriffen 50 Redner das Wort, um fast durchweg die Frage nach dem kulturpolitischen und konfessionellen Seite gegen und für eine Abtrennung zu beleuchten. Nur in einigen Einzelfällen wurde die wirtschaftliche Bedeutung der Angelegenheit erwähnt. Oberbürgermeister Dr. Jarrés (Duisburg) richtete die dringende Bitte an alle Rheinländer, die Absicht einer Trennung zu begraben.

Superintendent Klingemann (Koblenz) erklärte, man wisse nicht, worin die besondere Eigenart der Rheinländer gegenüber anderen deutschen Volksstämmen bestehe. In evangelischen Kreisen habe man von der angeblichen Mißstimmung der Rheinländer über die Zugehörigkeit zu Preußen nichts bemerkt. Die evangelische Kirche würde bei einer Trennung in eine sehr bedrängte Lage geraten, wenn dieser Zusammenhang mit der evangelischen Landeskirche verloren gehe. Die Vertreter der evangelischen Gemeinden würden daher in nächster Zeit, wie teilweise schon jetzt, gegen die Loslösung der Rheinlande Stellung nehmen.

Kultusminister Haenisch führte aus, am Umfange der Erörterungen könnte man den Eindruck haben, daß der Gedanke der selbständigen Rheinischen Republik tot und begraben sei; die Aeußerungen einiger Kölner Herren hätten davon überzeugt, daß der Gedanke noch immer hartnäckig verfolgt werde. Der Minister würde es als für bedauerlich halten, wenn der Beschluß der Nationalversammlung, daß Anträge auf Bildung eines rheinisch-westfälischen Freistaates erst nach zwei Jahren gestellt werden dürfen, so aufgefaßt werden würde, als müßte diese Zeit nun zu schärfster Agitation für die Republik ausgenutzt werden. Natürlich haben die Herren in formell juristischer und verfassungsmäßiger Hinsicht das Recht, für ihren Gedanken einzutreten, das kann kein Staatsanwalt und kein Parlament verhindern, aber es gibt außer diesen juristischen und verfassungsmäßigen Recht noch ein höheres Recht, das ist die Rücksicht auf das Wohl des Vaterlandes.

Düsseldorf, 24. Juli. Nachdem gestern die allgemeine Aussprache über die rheinisch-westfälische Frage unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Hirth zu Ende geführt worden ist, soll über den dem Landtag unterzeichneten Autonomiegesetzentwurf und die wirtschaftliche Frage gesprochen werden. Die Vertreter der Regierung beabsichtigen, nach Berlin zurückzukehren.

Freie Lederwirtschaft.

Weimar, 23. Juli. Der Volkswirtschaftsausschuß nahm nach langer Debatte einen

Antrag Dr. Hugo, Witthoefft, Altor, Dr. Brauns an, der die Aufhebung der Lederzwangswirtschaft fordert. Die Reichsregierung wird gleichzeitig ersucht, alsbald dem volkswirtschaftlichen Ausschusse eine Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zur Durchführung der Aufhebung der Lederzwangswirtschaft vorzulegen. Um die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigen Schuhzeug zu erleichtern, beschloß der Ausschuß, von dem sich in der Lederwirtschaft durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft ergebenden Konjunkturgewinn 60 v. H. zur Verfügung zu stellen; der Rest von 40 v. H. soll der Industrie für die sich durch die hohen Weltmarktpreise ergebenden höheren Einstandspreise und zur Sicherung gegen das Risiko vorbehalten. Sämtliche Anträge wurden von den bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten angenommen. Der Reichsminister Schmidt erklärte sich grundsätzlich für die freie Bewirtschaftung des Leders, will jedoch noch Sachverständige hören. Die Aufhebung des Verbotszollens wurde vom Ausschusse abgelehnt.

Die Lederzwangswirtschaft noch nicht aufgehoben.

Berlin, 25. Juli. Die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Meldung, daß die Lederzwangswirtschaft aufgehoben sei, ist unzutreffend. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ist durch den zu dieser Frage veröffentlichten Beschluß des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung eine Aenderung der Rechtslage bisher nicht eingetreten. Sämtliche Beschlagnahme- und Höchstpreisvorschriften für Häute, Felle und Leder, sowie die Verteilungsvorschriften sind vielmehr so lange in Kraft, bis sie durch eine entsprechende Verordnung aufgehoben werden.

Die Wiederherstellung der alten Zollgrenze.

Köln, 25. Juli. Wie von unterrichteter Seite verlautet, hat der Verband bei den in Versailles geführten wirtschaftlichen Verhandlungen seine Zustimmung gegeben, die alte Zollgrenze in der Rheinprovinz wiederherzustellen.

Die interalliierte Waffenstillstandskommission in Köln hat der deutschen in Düsseldorf gestern eine Note des Marshall Foch überliefert des Inhalts, daß die deutsche Zollbehörden im besetzten Gebiet durch die interalliierte Rheinlandskommission angewiesen worden sind, die Borkriegszölle auf die aus alliierten Ländern eingeführten Waren zu erheben. Diese Anweisung bedeutet eine offizielle Anerkennung unserer alten Zollgrenze gegenüber Belgien und Frankreich und beseitigt auch in dieser Beziehung die unterschiedliche Behandlung zwischen deutschen besetzten und unbesetzten Gebieten.

Ein Mißtrauensvotum der Deutschnationalen.

Berlin, 26. Juli. Der Mißtrauensantrag der Deutschnationalen gegen die Regierung hat folgenden Wortlaut:

Die Nationalversammlung wolle beschließen: Die Nationalversammlung verlangt von der Regierung, daß sie für Ruhe und Ordnung im Lande sorgt, die Zwangswirtschaft abbaut, der Verschwendung der öffentlichen Gelder ein Ende macht, die Ordnung der Finanzen des Reiches wiederherstellt und Privatunternehmungen von der Furcht vor gefährlichen Experimenten im Wirtschaftsleben befreit und nach außen Würde und Entschlossenheit wahr. Die ihre Tätigkeit einleitende Unterzeichnung des Friedensvertrages sowie das Werden um Aufnahme in den Völkerbund, in dem Deutschlands Teilnahme unter schweren Beleidigungen verweigert worden ist, stehen damit im schärfsten Widerspruch. Aus den Erklärungen und den bisherigen Maßnahmen der Regierung entnimmt die Nationalversammlung nicht das Vertrauen, das die Regierung ein solches Programm mit der erforderlichen Kraft und Energie zur Durchführung bringen wird. Die Nationalversammlung spricht daher der Regierung ihr Mißtrauen aus.

Der Lebensmittelverkehr mit dem unbesetzten Deutschland freigegeben.

Berlin, 26. Juli. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland ist vom Verbanne die Blockade aufgehoben worden. Zu gleicher Zeit ist der Verkehr zwischen dem rechten und linken Rheinufer freigegeben worden, mit Ausnahme einiger Waren, insbesondere ist der Lebensmittelverkehr vollständig freigegeben worden.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Berlin, 25. Juli. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wie wir schon berichteten, werden die technischen Arbeiten für den Wiederaufbau Nordfrankreichs vom Reichswirtschaftsministerium geleitet werden. Wie uns von diesem mitgeteilt wird, ist vorläufig nur vorgeesehen, daß Ministerialdirektor Müller mit der Führung beauftragt werden wird. Im übrigen stehen Einzelheiten noch nicht fest. Soweit solche in der Presse erschienen sind, dürfte es sich lediglich um Vermutungen handeln.

Vermögenszuwachssteuer.

Weimar, 25. Juli. Der Steuerauschuß hat beschloffen, im Vermögenszuwachssteuergesetz den Höchstbetrag auf 165 000 Mark festzusetzen, und außerdem die Steuerbefreiung von 50 000 Mark an zu verschärfen.

Der Stichtag für die Feststellung des Vermögenszuwachses. Im Steuerauschuß der Nationalversammlung wurde der Antrag des Abg. Becker-Hessen, den Stichtag für die Feststellung des Vermögenszuwachses auf den 30. Juni 1919 zu verlegen, angenommen. Bisher war bekanntlich der 31. Dezember 1919 festgesetzt. Nun hat noch das Plenum der Nationalversammlung über den Antrag zu entscheiden.

Die Stilllegung der Siemenswerke.

Berlin, 25. Juli. Die Angestellten der Siemens-Schuckert-Werke werden heute in einer Versammlung über die Frage eines etwaigen Sympathiestreiks Beschluß fassen. Im ganzen sind über 30 000 Metallarbeiter zurzeit im Streik. Es wird befürchtet, daß der Streik auch auf andere Betriebe der Metallindustrie übergreifen wird. Die Lage ist besonders bei den Borsigwerken und bei Schwarzhopf & Co. gespannt. Die Direktionen dieser beiden Firmen, wie auch der Firma Pöschel tragen sich mit dem Gedanken, den Betrieb einzuschränken. Sie führen diese Absicht auf die zahlreichen Streiks der letzten Zeit zurück. Durch diese Streiks in einzelnen Teilen der Werke würden aber viele andere beschäftigungslos und aus diesem Grunde beabsichtigen sie demnächst Entlassungen vorzunehmen.

Die Mehrheit der Arbeiter will dergleichen Einschränkungen der Betriebe aber nicht dulden und verlangt ihre Verstaatlichung. Es ist noch nicht abzusehen, welche Folgen diese neue Streiks nach sich ziehen werden.

Die Räumung Danzigs.

Berlin, 25. Juli. Infolge der bevorstehenden Volksabstimmung im Freistaat Danzig wird die Garnison Marienburg aufgelöst. Bis auf 200 Mann sind bereits die Truppen nach ostpreussischen Städten verlegt worden. Der Danziger Hafen wird von den Kriegsschiffen geräumt. Der große Kreuzer „Graf Spee“ ist nach Kiel, die kleinen Kreuzer „Stettin“ und „Danzig“ sind nach Pillau abgegangen. In der Danziger Marienkirche bleibt die schwarz-weiß-rote Kriegsflagge des Kreuzers „Danzig“. Das Bamberger Kaiser-Wilhelm-Institut für Landwirtschaft wird nach einer westpreussischen Stadt verlegt werden.

Zündholz-Monopol.

Weimar, 25. Juli. Der Zwölfter Ausschuß der Nationalversammlung beschloß mit 17 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie gegen 11 Stimmen die Einführung eines Herstellungsmonopols für Zündholzwarenprodukte bis 31. März 1921.

Die Veteranen von 1870.

Weimar, 24. Juli. Die liberalen Abgeordneten Dr. Mittelman und Graf zu Dohna haben folgende Anfrage im Interesse der Veteranen von 1870-71 eingebracht: Die Veteranen von 1870-71, die eine Versorgung beziehen, die in keiner Weise dazu ausreicht, ein auch nur einigermaßen erträgliches Leben zu führen, leiden bitterste Not. Sie verbringen den Rest ihrer Tage in Siechenhäuser oder fallen der allgemeinen Armenpflege zur Last. Wenn Hilfe überhaupt noch nützen soll, dann muß sie unverzüglich erfolgen. Ist die Reichsregierung zu solcher umgehenden Hilfe bereit, und welche Maßnahmen gedenkt sie zu dem Zweck zu ergreifen? Die finanzielle Not des Reichs dürfte in diesem Falle, zumal angesichts der geringen Zahl der noch lebenden Veteranen, kein Hindernis bilden.

Das diplomatische Programm.

Berlin, 25. Juli. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, steht über das vielbesprochene diplomatische Programm noch nichts fest. Erst in einigen Wochen sollen zwischen dem Minister des Aeußern und dem Gesamt-

kabinett Verhandlungen über die Einrichtung der Auslandsposten im einzelnen und über die Personalbefehle stattfinden.

Die Folgen eines Poststreiks.

Berlin, 25. Juli. Nach den Morgenblättern hat sich auch im Bereiche der Post ein Konflikt aus Anlaß des Montagsstreiks entwickelt. Die Oberpostdirektion hat 280 Telegraphenarbeiter wegen der Teilnahme am Streik entlassen.

17 Millionen Tonnen Kohlen.

W Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Weimar: In Ergänzung einer Meldung über die Kohlenlieferung an die Entente sei noch mitgeteilt, daß über den Gang der Pariser Verhandlungen bisher nur ein Bericht des Legationsrates v. Versner vorliegt. Die Entente stellt Forderungen auf jährlich 17 Millionen Tonnen Kohlen, deren Lieferung auf zehn Monate verteilt werden soll, sodaß für den Monat deutscherseits 1,7 Millionen Tonnen zu liefern wären. Das Kabinett beschäftigt sich bereits mit dieser Frage.

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nach dem 1. Oktober.

c Paris, 24. Juli. Aus dem Bericht des Deputierten Renard in der Sitzung des Friedensausschusses der Kammer geht hervor, daß Deutschland nach dem 1. Oktober zum Völkerbund zugelassen werden soll. Es heißt in dem Bericht:

„Es sei beschlossen worden, daß Deutschland nach der Washingtoner Sitzung der internationalen Arbeiterkonferenz, die am 1. Oktober stattfinden soll, zu dieser Konferenz und zu dem internationalen Arbeitsbureau seine Vertreter entsenden dürfe, was, so sagte der Berichterstatter, ihm den Zugang zur Gesellschaft der Nationen vom 1. Oktober ab eröffne.“

c Amsterdam, 25. Juli. Bornes teilte in seiner während der Debatte über den Friedensvertrag im Unterhause gehaltenen Rede mit, daß man bereit sei, Deutschland sobald wie möglich in den Völkerbund aufzunehmen, und daß der Rat der Vier zugestimmt habe, daß vor Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund auch deutsche Vertreter zur Konferenz zugelassen werden, die die weitere Regelung behandeln soll.

Der Empfang der Kriegsgefangenen

c Coblenz, 24. Juli. Die amerikanische Behörde hat an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz folgendes Schreiben gerichtet:

„Während wir vollkommen den natürlichen Wunsch des deutschen Volkes mitempfinden, den heimkehrenden Kriegsgefangenen ein Willkommen zu bereiten, beauftragt sie in Anbetracht der Tatsache, daß die militärische Befehlshaber bis zur Bestätigung des Friedensschlusses durch die Verbündeten Regierungen fortbauern muß, und insbesondere mit Rücksicht darauf, daß in der gegenwärtigen Zeit etwaige Störungen vorgebeugt werden muß, der kommandierende General, die Regierungspräsidenten zu Coblenz und Trier zu benachrichtigen, daß sie die Bevölkerung ihrer Bezirke davon in Kenntnis setzen, daß der Empfang der Kriegsgefangenen auf den persönlichen und Familienempfang zu beschränken ist, und Umzüge, amtlicher Empfang oder andere öffentliche Versammlungen nicht gestattet sind. Das soll natürlich die Vertreter des Roten Kreuzes nicht hindern, an den Bahnhöfen Erfrischungen zu reichen.“

Rückkehr aus englischer Gefangenschaft.

c Amsterdam, 25. Juli. „Daily News“ vom 12. Juli meldet, daß Vorbereitungen getroffen sind, um eine große Zahl deutscher Kriegsgefangener auf dem Wege über Dover, Rotterdam in die Heimat zurückzuführen. Der erste Transport hat sich am 21. Juli auf dem Dampfer „Camit Dens“ in Dover eingeschifft.

Die Einigung der Finanzminister.

c Berlin, 24. Juli. Wie die Börsische Zeitung aus zuverlässiger Quelle aus Stuttgart erfährt, wurde zwischen dem Reichsfinanzminister und den süddeutschen Finanzministern in der Frage der Ausgestaltung der Reichssteuergesetze eine Einigung erzielt.

Die französische Ratifizierung.

W Versailles, 25. Juli. „Echo de Paris“ glaubt, der Friedensvertrag werde durch die Kammer am 6. August und durch den Senat am 15. August ratifiziert werden. Die Kammer werde in zehn Tagen ihre Tätigkeit beenden. Die Neuwahlen finden voraussichtlich am 12. Oktober statt.

Vom englischen Oberhaus angenommen

c London, 25. Juli. Reuter. Oberhaus. Die Gesetzentwürfe über den Friedensvertrag und den englisch-französischen Vertrag wurden in allen Lesungen einstimmig angenommen.

Noch eine Vertrauenskundgebung.

c Paris, 25. Juli. Die Debatten über die Finanzpolitik der Regierung sind beendet. Der Regierung wurde mit 304 gegen 134 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Das Tempo der Demobilisation.

c Versailles, 26. Juli. Der Unterstaatssekretär für die Demobilisation hat hinsichtlich des Tempos, in dem die Demobilisation erfolgen soll, folgendes festgelegt: Es werden entlassen Klasse 1910 vom 8. bis 17. August, Klasse 1911 vom 18. bis 22. August, Klasse 1912 vom 23. bis 29. August. Die Demobilisation der Klassen 1913 bis 1917 einschließlich soll zwischen dem 31. August und 4. Oktober stattfinden.

Der größte Zeppelin der Welt.

c Paris, 25. Juli. „Journal“ berichtet,

daß die Vereinigten Staaten die Aussicht hätten, in den Besitz des größten Luftschiffs der Welt zu kommen. Die Vertreter der Zeppelinwerke erklären, daß sie es vorzögen, daß die Luftschiffe von den Amerikanern statt von einer anderen Nation gekauft würden. Luftschiff „Z 72“ ist doppelt so groß wie das englische „R 34“.

Zur Wiederaufnahme des Welthandels.

c Schweiz, Grenze, 24. Juli. Nach einer Mitteilung der Mailänder Handelskammer können die Zollämter infolge der Aufhebung der Blockade die Ausfuhr jeder Ware nach Deutschland gestatten, die auch nach andern Ländern freigegeben worden ist. Hinsichtlich der Valuta gelten die gleichen Vorschriften wie für Deutschland. Was die Einfuhr anbetrifft, so gelten für Deutschland dieselben Bestimmungen wie für die übrigen Länder, außer Frankreich und der Schweiz, mit denen besondere Abmachungen bestehen.

Abzug der Amerikaner aus Luxemburg.

c Frankfurt a. M., 24. Juli. Nach der „Frankfurter Zeitung“ haben die Amerikaner das luxemburgische Gebiet endgültig verlassen. Weil für diesen Fall mehrfach mit Unruhen gedroht worden war, hat der Gemeinderat von Esch Militär zum Schutz der Escher Hüttenwerksanlagen erbeten. Zwei Kompanien Franzosen liegt jetzt besonders der Schutz der Werke der Sellenkirchener Hütten-A.G. ob.

Drahtlos Amerika-Deutschland.

m Washington, 25. Juli. Die unzensurierte drahtlose Verbindung mit New York ist am 24. 7. eröffnet worden. Eine Anzahl von Geschäftstelegrammen ist bereits übermittelt.

Amerika und Japan.

W Versailles, 25. Juli. Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Washington meldet, Wilson habe Japan aufgefordert, ein öffentliches Versprechen hinsichtlich der Rückgabe von Schantung zu geben, habe aber bis jetzt noch keine Antwort erhalten.

Amerika, Bulgarien und die Türkei.

c Washington, 25. Juli. Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten die Friedensverträge mit Bulgarien und der Türkei unterzeichnen werden.

c Dresden, 24. Juli. Um die Kohlennot für den Hausbrand zu mildern, ordnete die sächsische Regierung an, daß auf jedem Hektar der sächsischen Staatswaldungen fünf bis sechs Raummeter Brennholz geschlagen werden, und daß in Fällen dringender Not ganze Waldbestände zur Gewinnung von Brennholz an Gemeinden abzugeben sind.

Von Nah und Fern.

*** Nassau, 28. Juli.** Bei dem gestern hier stattgefundenen Wettspiele der 2. Mannschaft des Sportvereins „Nassovia“ mit der 1. Mannschaft des Sportvereins „Eintracht“ übernahm der Nassauer Mannschaft mit 8:0 Toren als Sieger hervor. Bei Halbzeit stand das Spiel 4:0 Toren.

Erinnerung an wichtige Arbeiten.

Gemüsegarten: Ende dieser Woche ist noch eine recht umfangreiche Aussaat von frühen Kohlsorten für den Herbst- und Wintergebrauch vorzunehmen. Wieder Buschbohnen legen. Frühwirsing, Kohlrabi, Blätterkohl und Salat pflanzen. Dem Ueberflüssigen werden von Gemüseschlingen immer durch rechtzeitiges Verstopfen begegnet. Lauch und Sellerie etwas anhäufeln, dann jaulen. Von den Wurzelgemüsen die Mäule fernhalten. — **Obstgarten:** Erdbeeren abranken. Obstmadengürtel an die Bäume legen. Das madige Obst täglich auflesen; wer es nicht verwerten kann, soll es gleich tief in die Erde graben. Topfobst nachdüngen. Mit der Okulation der Wildlinge fortfahren. Baumstüben in Ordnung bringen. — **Blumengarten:** Rosen veredeln. Die Edelreiser gleich nach dem Abschneiden entblättern. Von allerlei Topfgewächsen, Rosen, Efeu, Koniferen, Buchsbaum usw. Stecklinge machen. Noch Nelken abknicken. Im Freien ausgepflanzte, für den kommenden Winter bestimmter Treibständer wird jetzt in Töpfe gesetzt. — **Der praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau** in Frankfurt a. Oder sendet an alle, die Rat und Anregung in Gartenbaufragen suchen, kostenfrei Probenummern.

Preussisch-süddeutsche Klassen-Lotterie.

Die Erneuerung der Lose zur 2. Klasse läuft. Lotterie hat bei Verlust des Anrechtes spätestens bis zum 8. August cr. zu erfolgen.

Die Zukunft der Rheinlande und speziell die von Mainz bildet das Tagesgespräch. Die Zeitschrift „Le Rhin Illustré“ („Der Rhein im Bild“) hat es sich zum Zweck gesetzt, als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, das rheinische Leben und den rheinischen Handel zu fördern und bemüht sich, mit entsprechenden Artikeln auf alles Nothwendige hinzuweisen.

So wird in der jetzt erschienenen Nummer 11 über den Schiffs- und Handelsverkehr von Mainz berichtet, ferner über die Industrie der Rheinlande. Noch andere interessante Artikel und hübsche Illustrationen über die Friedensfeier usw. vervollständigen den Inhalt. Das allgemeine Publikum zeigt in steigendem Maße Interesse an dem „Rhein im Bild“, was sehr zu begrüßen ist. Es wäre nämlich nicht vorteilhaft für das linke Rheinufer gelegen, wenn sich die maßgebenden Kreise durch falschen „Ueberpatriotismus“ davon abhalten ließen, die jetzt gegebene Möglichkeit eines

gewaltigen geschäftlichen Aufschwungs zu benützen.

Als noch geordnete Zustände in Deutschland waren, wurde die linke Rheinseite schon als Stiefkind betrachtet, und wäre es jetzt verkehrt, damit zu rechnen, von Deutschland, das sich durch die unglücklichen Verhältnisse selbst nicht helfen kann, irgendwelche Hilfe zu erwarten. Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Rekrutierung des „Rhein im Bild“ alle Anregungen, die die geschäftliche Zukunft unserer Gegend betreffen, gerne unterstützt.

W Erbenheim, 24. Juli. Zum Schutz gegen Felddiebstahl. Die Polizei hat bestimmt, daß bis Ende August von abends neun bis morgens vier Uhr das Feld geschlossen ist. Wer in dieser Zeit außerhalb der öffentlichen Straßen und Feldwege auf einem Grundstück sich aufhält, wird bestraft. Auch bei Tage ist der Aufenthalt in der Gemarkung nur den Bewirtschaftern von Grundstücken oder deren Beauftragten gestattet.

m Wiesbaden, 24. Juli. Am 1. August d. J. wird die Deutsche Gesellschaft für Kaufmannserholungsbeime in Wiesbaden in dem von ihr übernommenen Hotel und Badhaus „Adlonischer Hof“ ein neues Heim eröffnen. Dieses Heim soll in erster Linie der von der Gesellschaft bereits bei Beginn des Krieges eingeleiteten großzügigen Kriegsfürsorge dienen.

Bereinsnachrichten.

Männergesangsverein Nassau. Mittwoch abend 8 Uhr Gesangsstunde.

Nachrichten des Wirtschafts-amtes der Stadt Nassau.

Brotgetreide-Selbstversorger.

Die neue Anordnung des Kreis-ausschusses des Unterlahnkreises betr. Verbrauchs- und Mahlvorschriften für Brotgetreide-Selbstversorger ist erschienen. Die Vorschriften sind gegenüber dem Vorjahre nicht geändert. Diejenigen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, die sich mit Brotgetreide selbst versorgen wollen, haben dies bis Mittwoch, den 30. Juli cr., mittags 12 Uhr, auf dem Bürgermeisterrat, Zimmer 1, anzumelden. Später eingehende Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Kupfervitriol und Rebschwefel.

Ausgabe von Kupfervitriol und Rebschwefel am Dienstag, 29. Juli, nachm. 3-5 Uhr im Rathaushofe.

Teigwaren.

Auf Abschnitt 10 der Lebensmittelkarte werden bis einschl. Samstag dieser Woche in den Geschäften von J. W. Ruhn, A. Pöbler, Kölner Konsum, Ww. Lorach und Ww. Strauß 250 Gr. Teigwaren verabfolgt. Düten mitbringen.

Graupen.

Auf Abschnitt 11 der Lebensmittelkarte werden bis einschl. Samstag dieser Woche in den Geschäften von A. Trombetta, Ww. Buch, Auguste Bach, J. W. Ruhn, Kölner Konsum, Ww. Lorach und Ww. Strauß 250 Gramm Graupen verabfolgt. Düten mitbringen.

Räse.

Der in den Geschäften von Johann Egenolf und Ww. Strauß übriggeliebene Räse wird frei verkauft.

Kondensierte Vollmilch.

Bei Firma J. W. Ruhn steht kondensierte Vollmilch kartenförmig zum Verkauf.

Bekanntmachung.

Der auf dem Schuttabladeplatz am Gaswerk angefahrne Schutt ist dort stets sofort nach Abladung zu verteilen.

Nassau, den 25. Juli 1919.

Der Bürgermeister: Hasenclever.

Bergnassau-Scheuern.

Die Erhebung der Staatssteuer für das 1. und 2. Vierteljahr 1919, sowie der Gemeindesteuer 1. Quartal findet Freitag, den 1. August, bei der Gemeindekasse statt.

Bergn.-Scheuern, 25. Juli 1919.

Die Gemeindekasse.

Öffentliche Quittung.

Für die Kinder im Erzgebirge gingen weiter ein
B. L. M. 25,- Mk.
Ungenannt 10,- Mk.
wofür wir dankend quittieren.

Nassauer Anzeiger.

Für Festlichkeiten

verleihe ich

Augenfidel, Blerfidel mit Henkel 1/10 und 2/10. Blerbedier ohne Henkel 2/10. Wallergläser ohne Fuß, u. Weingläser. Leihgebühr nach Uebereinkunft.

A. Rosenthal, Nassau.

Kurtheater Bad Ems

(im Kursaalgebäude).

Leitung: Hofrat Hermann Steingoschke.

I. V.: Albert Heinemann.

Mittwoch, 30. Juni 1919, abends 7 1/2 Uhr.

Großes Operetten-Gastspiel

von Mitgliedern des Nassauischen Landestheaters (ehem. Kgl. Hoftheaters) zu Wiesbaden des Mainzer Stadttheaters.

Der Graf von Luxemburg

Oper in 3 Akten von A. M. W.

ner und Robert Podansky.

Musik von Franz Lehar.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Ende 10 1/2 Uhr.

Preise der Plätze: Rangloge 12.-, Balkon M. 8.-, Saalplatz

1.-5. Reihe M. 10.-, 6.-10. Reihe

M. 8.-, 11.-15. Reihe M. 6.-, 16.-

Reihe M. 4.-.

Vorverkauf in der A. Pfeffer'schen Buchhandlung sowie im Geschäftszimmer des Hauptwärters Bailly im Kursaal. Telefon 18.

Es wird dringend gebeten, auch in den Pausen innerh. des Kursaalgebäudes nicht zu rauchen.

Ein Triebwagen fährt am 11 Uhr nach Ems und hält an allen Stationen.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Krankheit und dem Heimgange unseres lieben, guten Kindes

Elisabethchen,

sowie für die überaus zahlreichen Blumenpenden, allen herzlichsten Dank.

Im Namen

der trauernden Hinterbliebenen

Familie Lotz.

Nassau, den 28. Juli 1919.

Ein getragener, aber noch gut erhaltener

Anzug

für einen Jungen von 15-17 Jahren zum Verkauf. Von wem? sagt die Geschäftsstelle.

Ein älterer und mehrere

Backarbeiter für die Backwaren

gesucht.

Nassauer Drahtwerke

Werk Ems.

Junger Bursche als Ausläufer, eine Spülfrau oder Mädchen von 15-17 Jahren zum Verkauf.

Näheres Geschäftsstelle.

Ein Kalb (abgewöhnt)

zur Aufzucht zu verkaufen.

Chr. Meusch, Nassau.

Knecht,

der alle häuslichen Arbeiten verrichten kann, steht zu verkaufen. Hofgut Nassau.

sucht. Meldg. u. Vorstellung bei der Direktion der Erziehungs- u. Pflegeanstalt Nassau.

Feinste Strahlen-Stärke

Pfund Mk. 12.-, empfiehlt

J. W. Ruhn, Nassau.

Schöne, grosse Kering

wieder eingetroffen bei

J. W. Ruhn, Nassau.

B

eamter in Lebensstellung, verheiratet, Knabe von 12 Jahren, sucht für

oder 1. September eine 3 Zimmer

Wohnung in Nassau oder Nähe

der Nähe in ruhigem Hause. Rab. Geschäftsstelle.

Frische Sendung

BRETT

erhalten.

Chr. Balzer, Nassau.

Baumaterialienhandlung

Mode-Zeitschriften

können wieder geliefert werden und halten sich für Lieferungen bestens empfohlen.

S. Jörg, Nassau.

Buchhandlung

von